

Wie die nächste Bundesregierung  
den Atomwaffenverbotsvertrag  
unterstützen kann

# 1 Einführung und Überblick: Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)

Am 22. Januar 2021 trat der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft. Der rechtsverbindliche, multilaterale Vertrag verbietet völkerrechtlich die Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Erprobung sowie den Besitz und den Einsatz von Kernwaffen und schließt damit eine wichtige Rechtslücke (Immenkamp, 2021). Nach einem Jahrzehnt der Lobbyarbeit von internationalen Organisationen, Regierungen, der Zivilgesellschaft und vor allem der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) wurde der AVV am 7. Juli 2017 von den Vereinten Nationen in New York City verabschiedet, wobei zwei Drittel der Staaten der Welt für die Annahme des historischen Vertrags stimmten. Derzeit gibt es 86 Unterzeichner- und 55 Vertragsstaaten. Es ist wenig überraschend, dass keiner der neun atomar bewaffneten Staaten (USA, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Russland, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea) und keines der Mitglieder der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) den AVV unterzeichnet hat. Ungeachtet ihrer Zusagen im Rahmen des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV)<sup>1</sup> von 1968, die Anzahl ihrer Atomwaffen zu verringern und diese

letztlich vollkommen abzuschaffen, geben die atomar bewaffneten Staaten derzeit Milliarden für die Modernisierung ihrer Atomwaffenarsenale aus – trotz anhaltender Pandemie und wirtschaftlicher Rezession (ICAN, 2020). Stattdessen hat die NATO den Vertrag offen abgelehnt und ihren Widerstand mit der veralteten und zutiefst patriarchalischen Strategie<sup>2</sup> der nuklearen Abschreckung begründet (ICAN, 2021).<sup>3</sup>

Deutschland hat den AVV weder ratifiziert noch unterzeichnet. Im Gegenteil, Deutschland hat konsequent gegen die Resolutionen der UN-Generalversammlung zum AVV gestimmt, in denen die Staaten aufgefordert werden, “[...] den Vertrag ‘zum frühestmöglichen Zeitpunkt’ zu unterzeichnen, zu ratifizieren oder ihm beizutreten” (ICAN, n.d., Abs. 3). Darüber hinaus hat die derzeitige deutsche Regierung, welche aus einer Koalition aus CDU/CSU und SPD besteht, wiederholt Versuche der Oppositionsparteien behindert, den AVV zu unterstützen, indem sie behauptet, der AVV untergrabe den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag und sei unvereinbar mit den deutschen NATO-

---

1 Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV), auch Atomwaffensperrvertrag genannt, ist ein wichtiger internationaler Vertrag, der die Verbreitung von Kernwaffen und Kerntechnologie verhindern soll. Der NVV “[...] verpflichtet die Kernwaffenstaaten, die Vertragsparteien sind (die Vereinigten Staaten, Russland, China, Frankreich und das Vereinigte Königreich), sich um eine vollständige nukleare Abrüstung zu bemühen. Im Gegenzug verzichten die Nicht-Kernwaffenstaaten auf den Erwerb von Kernwaffen” (Auswärtiges Amt, 2021, Abs. 1). Der NVV wurde 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt und trat 1970 in Kraft. Insgesamt haben 191 Staaten den NVV unterzeichnet, nur Pakistan, Indien, Israel und der Südsudan sowie Nordkorea, das 2003 seinen Austritt erklärt hat, fehlen (Auswärtiges Amt, 2021; UNODA, o.J.).

2 Ray Acheson, Direktorin von Reaching Critical Will, dem Abrüstungsprogramm der Women’s International League for Peace and Freedom (WILPF), zeigt auf, dass das Abschreckungsmodell ein abstraktes Bild von Atomwaffen als etwas inhärent Beschützendes schaffen soll und somit von der Tatsache ablenkt, dass sie tatsächlich “Werkzeuge des Völkermords, des Abschlachtens [und] der Ausrottung” (Acheson, 2019, S. 80) sind. Atomwaffen haben immer nur Schaden und Leid verursacht – nicht nur im Krieg, sondern zudem bereits in ihrer Entwicklung. So haben sie die Umwelt und die Lebensgrundlagen marginalisierter Gemeinschaften zerstört, die Atomtests und Detonationen ausgesetzt waren (Standke-Erdmann und Scheyer, 2020).

3 Für weitere Erläuterungen siehe: Acheson, R. (2021). *Banning the Bomb, Smashing the Patriarchy*. Lanham: Rowman & Littlefield.

Verpflichtungen (Meier, 2021).<sup>4</sup> Darüber hinaus betont die deutsche Bundesregierung weiterhin die angebliche "sicherheitspolitische Dimension" von Atomwaffen (z. B. in ihrem Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr von 2016). Zudem hält sie daran fest, dass es "legitime" und "legale" Verwendungen von Atomwaffen gäbe – anstatt zu unterstützen, dass Atomwaffen "unter keinen Umständen" eingesetzt werden sollten (CFFP und WILPF, bevorstehende Publikation). Durch seine Teilnahme an der "nuklearen Teilhabe" der NATO ist Deutschland eines der fünf NATO-Länder (neben Belgien, Italien, den Niederlanden und der Türkei), die US-Atomwaffen auf ihrem Territorium beherbergen, und trägt somit aktiv zur Erhaltung der nuklearen Ordnung bei (ebd.; ICAN, 2021). Gegenwärtig sind auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel etwa 20 B61-Atombomben stationiert, obwohl sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung dagegen ausgesprochen hat: In einer Umfrage aus dem Jahr 2020 gaben 83 Prozent der Deutschen an, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland zu befürworten (ICAN, 2021).

In den letzten Jahren ist der Widerstand gegen ein Sicherheitsverständnis, das auf nuklearer Abschreckung fußt, unter Parlamentarier\*innen, zivilge-

sellschaftlichen Akteur\*innen und der deutschen Öffentlichkeit gewachsen (ICAN, o.J.). Die bevorstehende Bundestagswahl in Deutschland (September 2021) könnte daher einen wichtigen Impuls für einen Kurswechsel geben. Die Sozialdemokratische Partei (SPD), die Grünen und die Linke bekennen sich alle zu dem Ziel, die US-Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen. Während die Position der SPD zum AVV noch offen ist, fordern die Grünen und die Linkspartei ausdrücklich, dem Vertrag beizutreten. Da auch in der SPD die internen Stimmen für den AVV zunehmend lauter werden, fordert sie, dass Deutschland zumindest Beobachter\*innenstatus bei der ersten Tagung der AVV-Vertragsstaaten einnimmt (Die Linke, 2021, S. 137; Die Grünen, 2021 S. 249-250; SPD, 2021, S. 63).

Als feministische Organisation steht (nukleare) Abrüstung im Zentrum unserer Arbeit. Wir halten es daher für entscheidend, dass Deutschland dem AVV unverzüglich beitrifft. Wir sind uns jedoch bewusst, dass im politischen Prozess oft Kompromisse notwendig sind und dass bedeutender Fortschritt einige Zeit in Anspruch nehmen kann. Daher skizzieren wir in diesem Policy Brief kurz- und mittelfristige Schritte, welche die Regierung unternehmen kann, um den AVV und die nukleare Abrüstung bereits während der nächsten Legislaturperiode zu unterstützen.

---

4 ICAN widerspricht diesen Behauptungen entschieden und argumentiert stattdessen, dass der AVV "[...] vollständig mit dem NVV vereinbar ist und diesen ergänzt" (2021, S. 9). Darüber hinaus erklärt ICAN, dass "es keinen rechtlichen Grund gibt, warum die NATO-Verbündeten dem AVV nicht beitreten können; dies würde keine vertragliche Verpflichtung verletzen" (2021, S. 8).

# 2

## Wege, wie Deutschland den AVV sowie nukleare Abrüstung im Allgemeinen unterstützen kann

### 2.1 KURZFRISTIGE SCHRITTE

*Die nächste Bundesregierung sollte:*

- als Beobachter\*in bei der ersten Tagung der AVV-Vertragsstaaten teilnehmen, welche vom 22. bis 24. März 2022 im VN-Büro in Wien stattfinden wird.
- die anderen 15 Mitglieder der Stockholm-Initiative<sup>1</sup> dazu ermutigen, ebenfalls an der Tagung teilzunehmen (Meier 2021).
- kontinuierlich auf die katastrophalen humanitären, ökologischen und oft rassistischen Auswirkungen von Atomtests, Unfällen und Anschlägen in multilateralen Foren, einschließlich der alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen der Vertragsparteien des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) aufmerksam machen (IAEA, 2021).
- die Auffassung der Kompatibilität des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) und des AVV in multilateralen Gremien betonen (ICAN, 2021), insbesondere in Verhandlungen mit NATO-Verbündeten.
- dem Trend in anderen NATO-Mitgliedsstaaten wie Norwegen und den Niederlanden folgen und fordern, dass die Finanzierung von Atomwaffen durch staatliche Pensionsfonds gestoppt wird.
- langfristige, leicht zu verwaltende finanzielle Unterstützung für (feministische) zivilgesellschaftliche Akteur\*innen bereitstellen, die sich für nukleare Abrüstung und den AVV einsetzen.

- Forschungsstipendien für geschlechtersensible Forschung über die humanitären und geschlechterspezifischen Folgen von Atomwaffen finanzieren.

### 2.2 MITTELFRISTIGE SCHRITTE

*Die nächste Bundesregierung sollte:*

- den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland vereinbaren und arrangieren.
- gemeinsam mit gleichgesinnten Mitgliedstaaten ein alternatives Sicherheitskonzept für die NATO entwickeln, welches den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen des Bündnisses besser gerecht wird, und die NATO aktiv in Richtung eines "nicht-nuklearen Bündnisses" (ICAN, 2021, S.99) zu lenken. Insbesondere sollten diejenigen NATO-Mitglieder angesprochen werden, deren Bevölkerung den Beitritt zum AVV mit überwältigender Mehrheit unterstützt (ICAN, 2021).
- sich klar von der aktuellen Nukleardoktrin der NATO distanzieren und andere NATO-Mitglieder ermutigen, diesem Beispiel zu folgen. Dazu gehört - in Zusammenarbeit mit der feministischen Zivilgesellschaft - das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr von 2016 durch eine neue Sicherheitsstrategie zu ersetzen, die ein feministisches Sicherheitsverständnis in den Mittelpunkt stellt und die Idee der konventionellen und nuklearen Abschreckung ablehnt.
- den AVV unterzeichnen.

<sup>1</sup> Die 2019 in Schweden gegründete Stockholm-Initiative hat das Ziel, die nukleare Abrüstung voranzutreiben, den Atomwaffensperrvertrag zu stärken und die Verständigung zwischen nuklear bewaffneten Staaten und Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, zu verbessern. Für weitere Informationen siehe: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/maas-stockholm-initiative-madrid/2469544>.

# 3 Fazit

Es ist an der Zeit, dass Deutschland und andere NATO-Mitglieder endlich den tiefgreifenden Wandel der internationalen Sicherheitsnormen, der sich weltweit vollzogen hat, anerkennen und dem AVV beitreten. Als Mitglied des NVV und der Stockholm-Initiative hat sich Deutschland bereits öffentlich zu dem langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt bekannt. Die fortgesetzte Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland und die Weigerung der Bundesregierung, dem AVV beizutreten, lassen

jedoch ernste Zweifel an der Aufrichtigkeit dieses Versprechens aufkommen. Deutschland könnte und sollte mehr tun. Die bevorstehende Bundestagswahl ist eine wichtige Chance für Deutschland, zu einem führenden Akteur im Kampf für nukleare Abrüstung zu werden, anstatt passiv im Abseits zu stehen oder gar den Weg dahin zu blockieren. Es ist an der Zeit, dass Deutschland eine Sicherheitsstrategie verabschiedet, die vereinbar mit dem Völkerrecht und angemessen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist.

---

## Quellen

Acheson, R. (2019). The Nuclear Ban and the Patriarchy: A Feminist Analysis of Opposition to Prohibiting Nuclear Weapons. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/21624887.2018.1468127?needAccess=true> (Zuletzt aufgerufen: 02.08.2021).

Acheson, R. (2021). Banning the Bomb, Smashing the Patriarchy. Lanham: Rowman & Littlefield.

CFFP and WILPF (forthcoming). How Militarised is Germany's Foreign Policy? Centre for Feminist Foreign Policy & Women's International League for Peace and Freedom.

Die Grünen (2021). Deutschland. Alles ist Drin: Bundeswahlprogramm 2021. Verfügbar unter: [https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021\\_barrierefrei.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf) (Zuletzt aufgerufen: 05.08.2021).

Die Linke (2021). Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021. Verfügbar unter: [https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE\\_LINKE\\_Wahlprogramm\\_zur\\_Bundestagswahl\\_2021.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf) (Zuletzt aufgerufen: 13.08.2021).

ICAN (2021). A Non-Nuclear Alliance: Why NATO Members Should Join the UN Ban on Nuclear Weapons. International Campaign to Abolish Nuclear Weapons. Verfügbar unter: <https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/ican/pages/2165/attachments/original/1623235224/ICAN-NATO-report-final.pdf?1623235224> (Zuletzt aufgerufen: 09.08.2021).

ICAN (2020). Nuclear Spending vs Healthcare. International Campaign to Abolish Nuclear Weapons. Verfügbar unter: [https://www.icanw.org/healthcare\\_costs](https://www.icanw.org/healthcare_costs) (Zuletzt aufgerufen: 09.08.2021).

ICAN (n.d.). Germany. International Campaign to Abolish Nuclear Weapons. Verfügbar unter: <https://www.icanw.org/germany> (Zuletzt aufgerufen: 09.08.2021).

# Quellen

IAEA (2021). NPT Review Conferences. International Atomic Energy Agency. Verfügbar unter: <https://www.iaea.org/topics/npt-review-conferences> (Zuletzt aufgerufen: 12.08.2021).

Immenkamp, B. (2021). Treaty on the prohibition of nuclear weapons – The ‘Ban Treaty’. European Parliamentary Research Service. Verfügbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/614664/EPRS\\_BRI\(2018\)614664\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2018/614664/EPRS_BRI(2018)614664_EN.pdf) (Zuletzt aufgerufen: 09.08.2021).

Meier, O. (2021). Between rejection and accession: Germany and the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons. Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg. Verfügbar unter: <https://ifsh.de/en/news-detail/between-rejection-and-accession-germany-and-the-treaty-on-the-prohibition-of-nuclear-weapons> (Zuletzt aufgerufen: 10.08.2021).

SPD (2021). Das Zukunftsprogramm der SPD: Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben. Verfügbar unter: <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf> (Zuletzt aufgerufen: 11.08.2021).

Standke-Erdmann, M. and Scheyer, V. (2020). Exposing Flaws in the Logic(s) of Nuclear Deterrence as an International Security Strategy – A Feminist Postcolonial Perspective. Verfügbar unter: <http://www.ethikundmilitaer.de/en/full-issues/20201-nuclear-deterrence/standke-erdmann-scheyer-exposing-flaws-in-the-logics-of-nuclear-deterrence-as-an-international-security-strategy/> (Zuletzt aufgerufen: 18.08.2021).

The Federal Government (2016). White Paper on Security Policy and the Future of the Bundeswehr. Available at: <https://issat.dcaf.ch/download/111704/2027268/2016%20White%20Paper.pdf> (Accessed: 05.08.2021).  
UNODA (n.d.). Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT). United Nations Office for Disarmament Affairs. Verfügbar unter: <https://www.un.org/disarmament/wmd/nuclear/npt/> (Zuletzt aufgerufen: 12.08.2021).

**AUTORINNEN:** Janika Lohse, Nina Bernarding, Anna Provan und Kristina Lunz

**VORGESCHLAGENE ZITIERWEISE:** CFFP (2021). Wie die nächste Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterstützen kann: Ein Briefing des Centre for Feminist Foreign Policy. Verfügbar unter: <https://centreforfeministforeignpolicy.org/briefings>.

Die Veröffentlichung wurde finanziell unterstützt von der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN).